

# Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druck- und Verlags-Veranstaltungsgesellschaft  
Gemeinsam mit dem Verlagsgesellschaft  
Die für die Redaktionsarbeiten: 20 011.

**Lebeck's** - Kakaoschokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.  
Firma gegr. 1838. \* 16 mal prämiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsbureau:  
Martenstraße 38-40.  
Druck u. Verlag von Ueppich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Zugabe monatlich 14 M., oder alle 4 M. in den übrigen Orten. Einzelnummern 70 Pf. Die Briefe werden bis zur 4. M. in die Briefkästen der Postämter zu Dresden u. Vororten, im übrigen Lande bis zur 6. M. in die Briefkästen der Postämter zu den bezüglichen Orten zu bringen. Die Briefe werden bis zur 4. M. in die Briefkästen der Postämter zu Dresden u. Vororten, im übrigen Lande bis zur 6. M. in die Briefkästen der Postämter zu den bezüglichen Orten zu bringen. Die Briefe werden bis zur 4. M. in die Briefkästen der Postämter zu Dresden u. Vororten, im übrigen Lande bis zur 6. M. in die Briefkästen der Postämter zu den bezüglichen Orten zu bringen.

## Rücktritt des Ministeriums Briand.

Paris, 12. Jan. Das Ministerium Briand ist um 4½ Uhr zurückgetreten. (wth.)

### Ein Kabinett Poincaré?

Einiger Beobachter der Dresdner Nachrichten.  
Paris, 12. Jan. Um 8 Uhr wurde Poincaré zu Millerand berufen und mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Seine Kabinettsliste ist fertig gestellt. Man nimmt an, daß Poincaré das Außenministerium und das Finanzministerium übernehmen wird. Um 8 Uhr hat der Präsident der Republik den Kammerpräsidenten Peret im Präsidenten.

### Briands Rechtfertigung vor der Kammer.

Einiger Beobachter der Dresdner Nachrichten.  
Paris, 12. Jan. Briand führte in seiner Rede vor der Kammer aus, daß er die Unruhe verstehen wolle, die im Lande wegen der Konferenz von Genua herrsche. Diese Unruhe sei durch den Mangel an Lügenhafte Informationen hervorgerufen. Der Ministerpräsident kam auf die Tagesordnung der Konferenz zu sprechen, die es sich zur Hauptaufgabe gemacht habe, den Weltfrieden auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Dieser Weltfrieden könne nur durch die internationale Solidarität erreicht werden. Das Reparationsproblem werde durch die Wirtschaftskonferenz von Genua keineswegs behandelt werden. Kein Angriff auf den Versailler Vertrag werde erfolgen und Frankreich werde alle Sicherheiten behalten, die ihm zufließen. Auch von den Sowjetregierungen habe man gewisse Garantien bekommen. Die Konferenz von Genua dürfe daher keineswegs abgebrochen werden, ohne daß Frankreich auf ihr beruhen werde. Briand legte sodann das Programm dieser Wirtschaftskonferenz dar, die ausschließlich wirtschaftlichen und finanziellen Charakter haben werde. Er verwies darauf, daß alle Länder, die nach Genua berufen worden sind, weitestgehend Sicherheiten zu suchen müßten, daß sie die Grenzen ihrer Nachbarn anerkennen und nicht verletzen wollten. Derartige Sicherheiten dürften von niemandem gering geachtet werden. Das zweite Problem, mit dem man sich in Genua beschäftigt habe, sei das der Reparationen. Als Briand nunmehr die Tätigkeit der Reparationskommission schilderte, erregte seine Erklärung, daß innerhalb der Reparationskommission

1. die Gewährung eines Moratoriums an Deutschland eine Mehrheit bestehe, auf zahlreichen Punkten eine große Erregung auslöste. Zahlreiche Zwischenrufe wurden laut: „Was machen Sie mit dem Abkommen von London?“ Briand beschränkte sich darauf, zu erwidern: „Im Sinne der Reparationskommission ist eine Majorität für das Moratorium und eine Abänderung der deutschen aufserlegten Zahlungsbedingungen vorhanden. Die französische Regierung habe sich diesem Moratorium widersetzt und Sicherheiten gefordert. Unsere Delegierten und Sachverständigen in Genua haben fruchtbar gearbeitet. Frankreich werde seinen Bestreben von dem, was ihm zuteil werde, verlieren. Es werde alles erhalten. England habe in der Reparationsfrage großes Opfer gebracht. Es habe auch zugestimmt, daß das Wiesbadener Abkommen in Wirksamkeit gesetzt werde, obwohl es ursprünglich nicht gewillt war, dieses Abkommen zu ratifizieren. Briand führte weiter aus: Frankreich habe große Vorteile zu erwarten, wenn die Konferenz in Genua zu einem gedeihlichen Abschluß gelangte. Würde sie aber abgebrochen, dann verleihe Frankreich alle ihm zugesicherten Vorteile. Briand erinnerte dann an seine Unterhaltungen mit Lloyd George und schloß, wie das englisch-französische Abkommen zur Sprache kam. England habe keinerlei Bedingungen gestellt, die Frankreichs Sicherheit berühren könnten. Derartige Sicherheiten würde er, Briand, auch niemals annehmen haben. Es sei selbstverständlich, daß zwischen beiden Ländern gewisse Fragen in freundschaftlicher Weise geregelt werden müßten. Die Bedeutung dieses Abkommens liege in der Hauptsache darin, daß England sich verpflichtet habe, in dem Augenblick, in dem die Sicherheit Frankreichs bedroht sei, diesem zur Seite zu stehen. Briand kam dann zum Schluß seiner Ausführungen und erklärte, daß er nicht die notwendige Autorität besitze, die Besprechungen von Genua fortzusetzen.

Unter allgemeiner Erregung des Hauses verläßt Briand, gefolgt von allen Ministern, den Saal. Auf der Treppe erhebt sich stürmischer Beifall. Bei den Sozialisten werden Rufe laut: „Kammer auflösen! An das Land appellieren!“ Die Sitzung wird unterbrochen.

Paris, 12. Jan. Nachdem Briand in der Kammer seine Erklärung abgegeben hatte, in der er seine Haltung in Genua rechtfertigte, beantragte er sich ins Offiziel, um die Demission des Ministeriums mitzuteilen. Der Präsident der Republik Millerand hat die Demission des Kabinetts angenommen. (W. I. U.)

### Vertagung der weiteren Befragung Dr. Rathenau.

Genua, 12. Jan. (Genua.) Die Reparationskommission ersuchte Dr. Rathenau heute, am Donnerstag, seine Ausführungen fortzusetzen. Er äußerte aber den Wunsch, vorher die Punkte zu erfahren, über die man ihn befragen wolle, damit er Unterlagen beibringen könne. Die Reparationskommission beschloß, diesem Wunsch zu entsprechen. Die zweite Verhandlung mit der deutschen Delegation wurde daher auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. (W. I. U.)

### Die deutsche Delegation vor dem Obersten Rat.

Paris, 12. Jan. Der Oberste Rat verhandelte, wie der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Genua meldet, heute mittags 12 Uhr mit der deutschen Delegation. Von deutscher Seite waren Reichsminister a. D. Rathenau, Staatssekretär a. D. Hirth, Staatssekretär a. D. Bergmann und Staatssekretär Fischer erschienen. Den Vorsitz führte Lloyd George. Der Sonderberichterstatter des W. I. U. meldet aus Genua: Die Sitzung des Obersten Rates wurde durch Lloyd George eröffnet, der die deutschen Delegierten, deren Mitglieder ihm vorher persönlich vorgestellt worden waren, begrüßte und sie dann auf der Höhe über die Gründe der Zahlungsbeschwerden leitete und über die deutschen Vorschläge zu ihrer Abstellung auszusprechen. Reichsminister a. D. Rathenau ergriff darauf das Wort in deutscher Sprache und gab zunächst den Tausch der deutschen Regierung für die Einbindung. Er dankte der französischen Regierung für die dargebotene Gastfreundschaft und gab dann in längerer Ansprache ein allgemeines Bild von der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands und von den Schwierigkeiten, die sich durch die Bestimmungen der Reparationszahlungen, wie sie im Londoner Abkommen festgelegt seien, ergeben hätten. Die Sitzung wurde um 2½ Uhr auf 4 Uhr vertagt. Rathenau wird dann seine Ausführungen fortsetzen. (W. I. U.)

### Abreise der französischen Delegierten und Lloyd Georges.

Genua, 12. Jan. Deutschertel wird offiziell gemeldet: In der heutigen Nachmittagsitzung des Obersten Rates beendete Reichsminister a. D. Rathenau seine Ausführungen, in denen er besonders die von der Reichsregierung ins Auge gefassten Maßnahmen zur Deckung der finanziellen Schwächen darlegte. Während der Sitzung ging aus Paris die Nachricht vom Rücktritt Briands ein, worauf  
L'ondeur den Obersten Rat verließ.  
Nach Beendigung der Ausführungen Dr. Rathenaus erklärte der Vorsitzende Lloyd George, daß angesichts des Fehlens einer aktiveren Regierung die Beschlüsse und Verhandlungssachstände des Obersten Rates zweifelhaft sei. Die Frage müsse erst in einer internen Sitzung geklärt werden. Die Sitzung wurde darauf gegen 6½ Uhr vertagt. (W. I. U.)  
Der Sonderberichterstatter der Agency Havas meldet aus Genua: Vouchent erklärte dem Chef der alliierten Delegationen, er befände sich in der Notwendigkeit, Genua heute abend zu verlassen. Trotz des Verbotes von Lloyd George verharre Vouchent dabei, abzureisen. Der Oberste Rat hat die Mitglieder der Reparationskommission angewiesen, um nach der Abreise Vouchents die Verhandlungen mit den deutschen Vertretern fortzusetzen zu können. Erst nach der Bildung des neuen französischen Kabinetts könne die Rede von einer Einberufung eines neuen Obersten Rates sein. Ein Teil der französischen Delegierten verläßt heute abend mit Minister Vouchent Genua. Der Rest wird morgen abend abreisen. Lloyd George verläßt Genua am Sonntag. (W. I. U.)

### Drohung der ersten Zwangsmaßnahmen.

Einiger Beobachter der Dresdner Nachrichten.  
Genua, 12. Jan. Den deutschen Delegierten wurde bereits mitgeteilt, daß die ersten Zwangsmaßnahmen für den Fall, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte, in der Aufhebung des zu beabsichtigenden Moratoriums bestehen würden. Eine weitere Strafmaßnahme würde darin bestehen, daß der Oberste Rat die Fortdauer des Zinsendienstes für die deutschen Renten verbieten würde.

### Der Chauvinismus in der französischen Kammer.

Paris, 12. Jan. In der heutigen Kammer Sitzung hat der wiedergewählte Präsident der Kammer, Peret, die übliche Antrittsrede gehalten, in der er sagte: Die Völker, die feierhaft nach einem Mittelstreifen suchten, das alle Streitigkeiten heilen könnte, beobachteten einander mit offenliegender Mißtrauen. Dieses Mißtrauen laßt in ziemlich beunruhigender Weise auf den internationalen Beziehungen. Selbst der Gedanke der Verantwortlichkeit habe eine starke Einbuße erlitten. Entsetze man nicht die Absichten Frankreichs, in dem man es als kriegerische Nation darstelle, die nach Verrücktheit strebe und die das Volk aufbelehrt habe? Das lehne Frankreich ab. Es gebe kein Land, das ein größeres Interesse am Weltfrieden habe, als Frankreich und es gebe auch kein Land, das entschlossener sei, ihm aufrecht zu erhalten. Seit seinem Siege habe Frankreich ungeheure Opfer (?) gebracht, damit niemand das Recht habe, sein Wort in Zweifel zu ziehen. Was habe Frankreich nicht vor 1914 unternommen, damit der Weltfrieden nicht gefährdet werde. (2) Der Imperialismus und der Militarismus seien anderwärts zu finden gewesen. (3) Man sei aber noch nicht ganz sicher, ob er nicht dort noch zu finden sei. (4) Aber zwischen einer herausfordernden Haltung und einer unbedingten Nachgiebigkeit, gegen die sich das nationale Empfinden auflehnen würde, gebe es noch Raum für eine gerechte Abwägung der Lebensinteressen Frankreichs und für Wagnisse, die einen Gewaltstreik verhindern könnten.

### Wiederwahl Bourgeois zum Senatspräsidenten.

Paris, 12. Jan. Der bisherige Senatspräsident Leon Bourgeois ist mit 205 von 231 Stimmen zum Präsidenten des Senats wiedergewählt worden. (W. I. U.)

### Die Krise in Cannes und Paris.

In die Konferenz von Genua hat von Paris her der Blick eingeschlagen. So früh und so gefährlich, daß Briand sich sofort nach Paris aufmachen mußte, ohne allerdings das Umwelter noch kommen zu können. Nicht einmal der außergewöhnlichen parlamentarischen und politischen Meinung Briands, des Sturmpropheeten, ist es gelungen, das auszuführen, was als unheilvolle Gewitterwolke hinter seiner ganzen Politik stand, was eigentlich seine ganze Politik, wenn auch nicht „macht“, so doch maßgebend beeinflusste, die Politik des Ueberfranzosen Poincaré und seines Anhangs. Ueberhaupt war das Charakteristische an dem ganzen Kabinet Briand von dem Augenblick an, als er im Januar 1921 die Regierung Millerands ablöste, die Tatsache, daß es nicht ein Kabinet Poincaré war, das es aber mit der unter der Abgesandten gewählten Kammer parlamentarische Politik machen mußte. Waren die Ereignisse auch stärker als der französische Chauvinismus, wurde auch Briand noch und nach mehr davon überzeugt, daß die Politik der Sanktionen und der röhren Gewalt ihre vernichtende Wirkung nicht nur in Deutschland, sondern ebenso sehr in den Ländern seiner Verbündeten härtet und härtet in die Erscheinung trat, Briand mußte den harten Mann spielen, mußte als Gerichtsvollzieher erscheinen, weil die Kammer, weil die Abreise um Poincaré, Tardieu, Tardieu es wollte. Unermesslichen Schaden hat die zum größten Teil erzwungene Politik Briands angerichtet, nicht nur in Deutschland, sondern ebenso sehr in Frankreich, weil sie die Sympathie der ganzen Welt, die nicht dem „harmlosen Ueberfranzosen“ und friedlichen Frankreich“ galten, zerstört hat. Das ist das Ergebnis von Washington, Briands größte Missetat, wenn dort auch die Delegierten der französisch gehaltenen Rede Briands, die kaum einer Verstand, mit „littenden Dingen“ gefolgt sind. Hinterher kam die Ernüchterung, und heute gibt es nicht mehr viele Franzosen in Amerika, die in Frankreich das „arme, unschuldige, friedliche“ Land Europas erblicken. Damals bereits erschien Briand abganzreich, und bei seiner Ankunft in Le Havre hielt man ihm bereits die Kabinettsliste Poincarés vor. Aber der ehgeizige Poincaré hielt seine Stunde noch nicht für gekommen. Er ließ Briand die Suppe auslöffen, die er sich eingebracht hatte, wie er es überhaupt bisher stets vermind, dann in einen Konflikt Briands mit der Kammer entscheidend eingegriffen, wenn ein offener französisch-englischer Bruch unvermeidlich schien. Um so größeren Entschens muß daher seine jetzige Haltung erregen, da er mit rauer Hand lösend in die Tüden eintritt, die Briand in Genua mit seinem englischen Kollegen einigermassen erfolgversprechend knüpfte.

Es kann heute wohl keinem Zweifel unterliegen, daß nunmehr die Konferenz von Genua als aufgelöst gelten kann, daß das, was Lloyd George mit Rathenau verhandelt, kaum noch nennenswerte Resultate erzielen wird, da Poincaré bereits das Schwert der Sanktionen schärft. Das gefährlichste für uns ist dabei ohne Frage, daß weder in der Reparationsfrage noch in Bezug auf den mitteleropäischen Aufbau, irgend etwas geschehen kann, ohne einen englisch-französischen Interessenkonflikt, wie er sich im Verlaufe der Beratungen in Genua, obwohl er zuerst nicht auf dem Programm stand, allmählich in dem englisch-französischen Garantievertrag anbahnte. Dieser Vertrag hätte sich in Genua auf der einzig gangbaren Weg erwiesen, um die vielen Gegensätze zu überbrücken und französische Zugeständnisse möglich zu machen, ohne die es nun mal nicht abgeht. So hatte sich der Garantievertrag mehr und mehr als der Schlüssel für die ganze Konferenz herausgestellt, und die Wege, die Briand hier ging, wählten sie der Kammer gefallen oder nicht, waren von realen Notwendigkeiten vorgeschrieben. Briand hatte der Kammer versprochen, auf keinerlei französische Ansprüche zu verzichten, und wenn er sich nun gar mit einem Zahlungsaufschub einverstanden erklären sollte — selbst wenn dieser für Frankreich kaum finanzielle Nachteile im Gefolge hat —, so mußte er der Kammer irgend etwas Greifbares mitbringen, das den französischen Erfolg offensichtlich macht. So lauchte der Plan des Garantievertrages, der bereits bei den Pariser Friedensverhandlungen von Wilson und Lloyd George als Sicherheit gegen einen deutschen Angriff verprochen, aber sowohl damals, wie auch neuerdings wieder auf der Washingtoner Konferenz an dem Widerstande des amerikanischen Senats gescheitert war, wieder aus der Versenkung auf. Er wurde von Lloyd George um so bereitwilliger aufgenommen, als er seit dem durch den Krieg erfolgten Zusammenbruch der traditionellen englischen Politik des Machtgleichgewichts auf dem Kontinent keine andere Möglichkeit mehr sah, die immer anwachsende französische Machtpolitik auf dem Kontinent zu bremsen. Wo immer heute ein bewaffneter Konflikt ausbrechen droht, schließt man zu mehr oder weniger festes Abkommen mehrerer Mächte, um den Streitfried niederzuhalten. So hat man es in Washington mit dem Verträglichabkommen gemacht, so plante es Lloyd George in den „Verbindeten Staaten von Europa“, und im Hintergrunde zeichnete sich bereits eine Orient-Entente zwischen England, Frankreich und Rußland ab. Den europäischen Bund wollte Lloyd George allerdings hinsichtlich auf dem Wege über die allgemeine europäische Wirtschaftskonferenz erreichen. Er konnte sich aber den Schwierig-